

## Disziplinierungshilfe 12.11.2010



**ADDIS ABEBA/BERLIN** (Eigener Bericht) - Ein aktueller Bericht der EU bestätigt schwere Vorwürfe gegen die deutsche Entwicklungspolitik in Äthiopien. Wie es in dem Bericht über die äthiopischen Parlamentswahlen vom Mai dieses Jahres heißt, den die EU-Beobachtermission jetzt vorgelegt hat, hat die Regierungspartei EPRDF ihren Sieg - sie gewann 99,6 Prozent der Parlamentssitze - mit Hilfe gravierender Unregelmäßigkeiten erzielt. Dazu gehörte auch Druck auf die Wähler durch von der EPRDF kontrollierte lokale Verwaltungseinheiten, die ihren Einfluss unter anderem aus deutschen Entwicklungsmitteln beziehen: Sie entscheiden über die Zuteilung oft lebensnotwendiger Unterstützung aus dem Ausland und enthalten Anhängern der Opposition dabei regelmäßig die vorgesehenen Hilfsleistungen vor. Dies belegen jüngste Recherchen von Human Rights Watch. Aus diesen geht außerdem hervor, dass westliche Entwicklungshelfer genauestens über die Disziplinierung von Anhängern der äthiopischen Opposition im Bilde sind, aber nichts unternehmen, um diese Praxis zu unterbinden oder auch nur einzuschränken. Human Rights Watch führt dies auf die geostrategische Bedeutung Äthopiens als Vormacht am Horn von Afrika zurück - es wird vom Westen aus machtpolitischen Gründen hofiert. Der Westen lässt sich die Loyalität des Regimes in Addis Abeba hohe Summen kosten: Es erhält jährlich gut drei Milliarden US-Dollar Hilfsgelder und ist damit der größte Empfänger in Afrika und der zweitgrößte weltweit.

### Schwere Unregelmäßigkeiten

In dieser Woche hat die EU-Beobachtermission, die die äthiopischen Parlamentswahlen vom 23. Mai dieses Jahres begleitete, ihren Bericht über den Wahlverlauf vorgelegt. Die Mission konstatiert schwere Unregelmäßigkeiten nicht nur am Wahltag, sondern vor allem schon vor dem Urnengang. In mehr als einem Viertel aller observierten Fälle seien die Endergebnisse in den Wahllokalen von den Resultaten abgewichen, die die EU-Beobachter notiert hätten, heißt es in dem Bericht. [1] In der Nähe von 13 Prozent der Wahllokale habe man Versuche zur Überwachung, zur Beeinflussung und auch zur Einschüchterung von Wählern festgestellt. Besonders aber falle ins Gewicht, dass die herrschende Partei EPRDF ihre flächendeckende Präsenz im Lande habe nutzen können, um auf die Wähler Druck auszuüben. So seien nicht nur Staatsmittel für den Wahlkampf der Regierungspartei zweckentfremdet worden. Auch hätten die im ganzen Lande von der EPRDF kontrollierten lokalen Verwaltungseinheiten ihre vielfältigen Kompetenzen eingesetzt, um Regimegegner zu disziplinieren.

### Den Lebensunterhalt kontrollieren

Genau diese Praktiken hat kürzlich die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) nach umfassenden Recherchen in Äthiopien beschrieben. "Die ländliche Verwaltung liegt in den Händen der EPRDF", zitiert HRW einen ehemaligen Verteidigungsminister Äthiopiens und heutigen Oppositionellen; die Vergabe von Düngemitteln werde ebenso von ihr kontrolliert wie das Land sowie die Zuteilung von Kleinkrediten an Bauern. "Wohin kann ein Landwirt sich wenden?", zitiert HRW eine rhetorische Frage des Oppositionellen: "Kann er 'nein' zu den Institutionen sagen, die seinen Lebensunterhalt kontrollieren?" [2] Menschen gerieten wegen ihrer politischen Meinung letztlich sogar in Gefahr zu verhungern, erklärt HRW. Die Organisation hat entsprechenden Druck der Verwaltungen auch vor den diesjährigen Wahlen beobachtet. Wie umfassend die EPRDF die lokalen Behörden im Griff hat, lässt das Ergebnis der Kommunalwahl von 2008 erkennen: Die Regierungspartei gewann damals mehr als 99 Prozent der Sitze; das ist gleichbedeutend mit absoluter Kontrolle auf lokaler Ebene.

### Mittel umgelenkt

Die Macht der vom Regime kontrollierten lokalen Verwaltungen wird dadurch vergrößert, dass diese auch für wichtige Hilfsprogramme zuständig sind. Ursache ist, dass der Westen im Jahr 2005 wegen seiner Unterstützung für Addis Abeba stark unter Druck geriet. Das Regime hatte damals nach schweren Einbrüchen bei den Parlamentswahlen siegreiche oppositionelle Politiker inhaftiert, das Wahlergebnis nicht gelten lassen und Protestdemonstrationen blutig niedergeschlagen. Bei den Auseinandersetzungen kamen mindestens 200 Demonstranten zu Tode, 30.000 Regierungsgegner wurden interniert (german-foreign-policy.com berichtete [3]). Die Weltbank und andere Geber - nicht

allerdings die Bundesregierung - sahen sich im November 2005 schließlich gezwungen, ihre Budgethilfe für Addis Abeba einzufrieren. Zum Ersatz startete der Westen im Jahr 2006 neue Programme, die Äthiopien wieder mehr Entwicklungsmittel zur Verfügung stellten, dabei jedoch wegen der brutalen Repression gegen Oppositionelle die Zentralregierung umgingen: Sie leiteten die Gelder am Regime vorbei direkt auf die regionale und lokale Ebene. Auch Deutschland beteiligte sich daran. Die Maßnahme beruhigte im Westen einige naive Kritiker, verfehlte allerdings jegliche Wirkung - schließlich werden auch die lokalen Verwaltungen von der Regierungspartei und damit letztlich vom Regime kontrolliert.

#### "Wir wissen das"

Letztlich gibt der Westen mit den Entwicklungsmitteln, die er den lokalen Verwaltungen zur weiteren Verteilung zur Verfügung stellt, diesen zusätzliche Machtmittel gegenüber der Opposition in die Hand. "Die NGOs bringen die Nahrungsmittel und geben sie den Leuten von der Regierung, und die Regierung wählt diejenigen aus, an die sie die Nahrungsmittel verteilen", zitiert HRW einen Landwirt. "Ich ging zu den Mitarbeitern der lokalen Verwaltung und fragte sie, weshalb ich keine Nahrungsmittel bekomme. Sie sagten, das liege daran, dass ich Mitglied einer Oppositionspartei bin - ich sollte mich an diese wenden und um Nahrungsmittel bitten." [4] Diese Praxis ist den westlichen Entwicklungshelfern genau bekannt. "Jedes Werkzeug, das sie zur Verfügung haben - Düngemittel, Kleinkredite, soziale Absicherung -, wird verwendet, um die Opposition zu unterdrücken", zitiert HRW einen hochrangigen Mitarbeiter aus dem Westen: "Wir wissen das." Ein Weltbankmitarbeiter schreibt der westlichen Entwicklungspolitik sogar zentrale Bedeutung für die Regimestabilisierung zu. "Ich vergleiche die gegenwärtigen Geberstaaten gerne mit den Italienern, die Straßen für Haile Selassie bauten", berichtete er gegenüber HRW: "Ohne die italienischen Straßen hätte der Kaiser den Staat nicht kontrollieren können. Ohne das Geld der Geber könnte Meles Zenawi ihn nicht zusammenhalten."

#### Loyalere Stellvertreter

Die Summe, mit der das äthiopische Regime vom Westen stabilisiert wird, ist riesig: Das Land erhält jährlich rund drei Milliarden US-Dollar an Hilfsgeldern - mit steigender Tendenz - und ist damit der größte Empfängerstaat in Afrika und der zweitgrößte weltweit (nach Indonesien; nicht berücksichtigt sind dabei die Kriegsschauplätze Afghanistan und Irak). [5] Deutschland rangiert unter den Geberstaaten nach den USA, der EU und Großbritannien auf Rang vier. HRW schreibt die massive westliche Unterstützung der geostrategischen Lage Äthiopiens zu: Das Land ist die unbestrittene Vormacht am Horn von Afrika und hat sich mit seinem Einmarsch in Somalia Ende 2006 als höchst loyalere Stellvertreter westlicher Interessen erwiesen ([german-foreign-policy.com](http://www.german-foreign-policy.com) berichtete [6]). Entsprechend verpufft die Forderung von HRW, Addis Abeba in Zukunft an der Nutzung westlicher Hilfsgelder zur Disziplinierung der Opposition zu hindern: "Menschenrechte" und "Demokratie" dienen den Schaltzentralen der westlichen Außenpolitik als ein willkommenes Instrument zur Mobilisierung gegen politische Gegner, nicht hingegen zur Kritik an Partnern, auf die man aus geostrategischen Gründen angewiesen zu sein meint.

Weitere Informationen zur deutschen Äthiopien-Politik finden Sie hier:

[Schlüsselpositionen](#) , [Regionale Hegemonialmacht](#) , [Sehr gut](#) , [Berater](#) , [Unveräußerliche Rechte](#) , [Governance-Aspekte](#) , [Gesamtstrategie](#) , [Sonderbericht](#) , [Interessen der Supermächte](#) , [Angemessene Beharrlichkeit](#) , [Ordnungsmächte](#) , [Militär für Afrika \(1\)](#) , [Menschenrechte in Afrika \(1\)](#) , [Beihilfe](#) , [Machtpolitisch ohne Alternative](#) , [Diktatorenhilfe](#) und [Inhärent rassistisch](#) .

[1] European Union Election Observer Mission: Ethiopia: Final Report. House of People's Representative and State Council Elections, Brussels, November 2010

[2] Human Rights Watch: Development without Freedom. How Aid Underwrites Repression in Ethiopia, October 2010

[3] s. dazu [Unveräußerliche Rechte](#) , [Governance-Aspekte](#) und [Inhärent rassistisch](#)

[4], [5] Human Rights Watch: Development without Freedom. How Aid Underwrites Repression in Ethiopia, October 2010

[6] s. dazu [Interessen der Supermächte](#) und [Ordnungsmächte](#)

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

[info@german-foreign-policy.com](mailto:info@german-foreign-policy.com)